

# Protokollauszug

aus der  
41. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport  
vom 18.09.2018

---

öffentlich

## Top 4.7 Erweiterung der Regenbogenschule Fahrland

Die stellvertretende Schulleiterin **Frau Kober** berichtet, dass die Schülerzahl an der Regenbogenschule Fahrland innerhalb weniger Jahre von 240 auf 300 Schülerinnen und Schüler gestiegen sei. Durch die Parallelnutzung von Schule und Hort sei die Raumsituation schwierig und der vorhandene Platz zu knapp.

Wunsch der Schule sei es, in die aktuellen Planungen mit einbezogen zu werden.

**Herr Richter** stellt die Erweiterungspläne für die Schule vor.

Die Schule soll bis zum nächsten Sommer, bei laufendem Betrieb auf drei Züge erweitert werden. Sechs Klassenräume werden dadurch dauerhaft gewonnen.

Des Weiteren werde eine Containeranlage zur Unterbringung der Speiseversorgung gebaut um für die nächsten Jahre in der Schule auch dadurch weitere Räume zu schaffen.

Bis etwa 2025 seien dann weitere Sanierungsarbeiten geplant.

Auf dem benachbarten, städtischen Gebiet werde die Schaffung einer Hort-Interimslösung geprüft, diese Horträume werden dann auch als Unterrichtsräume genutzt um für die Zeit der Sanierung des Hauptgebäudes auszuweichen zu können.

Eine Zweifeldturnhalle werde neu errichtet. Die Bestandturnhalle werde dann als Mensa und zur Speiseversorgung genutzt. Von der Errichtung einer neuen Turnhalle würde auch der Vereinssport in Fahrland profitieren.

Abschließend soll auch der Hort einen dauerhaften Erweiterungsbau erhalten.

Eine entsprechende Präsentation zu den Erweiterungen wird der Niederschrift als Anlage beigefügt. **(Anlage 1)**

Eine Summe zwischen 8 Mio. € und 10 Mio. € für die einzelnen Etappen werde eingeplant.

**Herr Wartenberg** ergänzt, dass in der Einwohnerversammlung Fahrland der zeitliche Rahmen bis 2026 benannt wurde.

**Frau Lange** äußert, dass die Freifläche sich in einem Landschaftsschutzgebiet befinde. **Herr Richter** erklärt dazu, dass die Herauslösung der Fläche aus dem Landschaftsschutzgebiet geplant sei.

**Herr Wartenberg** merkt an, dass die langfristig geplante Tram-Strecke in unmittelbarer Nähe enden werde und dort dann Flächen für ein Tram-Depot, für die Stadtentsorgung und die Feuerwehr im Gespräch seien. Da für diese Vorhaben einiges an Fläche aus dem Landschaftsschutz-

gebiet herausgezogen werden soll wäre es günstig, die beiden Verfahren gemeinsam anzuschieben. Eine Herauslösung aus dem Landschaftsschutz müsse zeitnah beantragt werden. **Herr Richter** weist darauf hin, dass das Gesamtverwaltungsinteresse abgestimmt sei.

**Frau Naundorf** fragt, ob es auch Pläne zur IT-Ausstattung gebe.

**Frau Aibel** erläutert, dass es Medienentwicklungsplanungen gebe. Gemeinsam mit dem Fachbereich Steuerung und Innovation wurden gesamtstädtische Standards entwickelt. Es bestehe ein hohes Interesse diese Standards einzuhalten.

Auf Nachfrage von **Frau Wieczorek**, ob bei der Planung auch auf Gruppenräume geachtet worden sei, bestätigt **Herr Richter**, dass diese mit dem Fachbereich Bildung und Sport abgestimmt wurden und in der Planung enthalten seien.

**Herr Wohlfahrt** fragt, ob die Bauten auch barrierefrei geplant werden.

**Herr Richter** bejaht dies für die Endlösungen. Allerdings könne eine Barrierefreiheit für die Interimsbauten nicht ermöglicht werden.

**Herr Okoko** stellt sich als Vertreter des Beirates für Menschen mit Behinderung vor. Er bittet darum, den Beirat in die Planungen mit einzubeziehen.

**Herr Wartenberg** ergänzt, dass es schwierig sei, bei Interimslösungen die Barrierefreiheit zu ermöglichen. Bei Neubauten werde die Barrierefreiheit allerdings grundsätzlich beachtet. Auch der Beirat sollte mit aufmerksam sein. Sollten die Beschlüsse zur Barrierefreiheit nicht eingehalten werden müsse er Akteneinsicht beantragen und sich einbringen.

**Herr Okoko** informiert, dass sich der Beirat neu zusammengesetzt habe und sich nun stärker einbringen möchte. Auch für provisorische Bauten gebe es Lösungen welche auch nicht kostenintensiv seien.

**Herr Richter** bemerkt, dass in Einzelfällen bisher immer Lösungen gefunden wurden, so dass eine Beschulung immer ermöglicht werden konnte. Eine grundsätzliche Barrierefreiheit sei aber, wie im Fall der Containerlösungen nicht möglich.

**Frau Naundorf** fragt nach den Planungen bezüglich der Fahrradwege und der Schulwegsicherheit.

**Herr Weiberlenn** erläutert, dass die Fahrradwege Bestandteil des Radverkehrskonzeptes des Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen seien.

Er verweist auf die Protokolle der letzten Ausschusssitzungen, in welchen Informationen zum Thema gegeben wurden.

**Frau Schkölziger** bittet, auch die Eltern entsprechend zu informieren und einzubeziehen.